

## **MEDIENKONFERENZ SGB-UNIA „KONJUNKTUR-PROGRAMM – BEKÄMPFUNG DER ARBEITSLOSIGKEIT“ VOM 20. JANUAR 2009**

---

### **Öffentliches Investitionsprogramm für ökologischen Umbau und bessere Kinderbetreuung**

Der SGB verlangt Investitionen in die Substanzerhaltung und den Ausbau des öffentlichen Verkehrs, in die Prävention vor Naturgefahren, bei der Sanierung von öffentlichen Gebäuden und dem Ausbau und der Förderung der ausserhäuslichen Kinderbetreuung. Dabei sollen zusätzliche Investitionen ausgelöst und bereits bestehende Projekte vorgezogen werden. Der Bundesrat soll Massnahmen ergreifen, um die Investitionstätigkeit selber vorzunehmen oder durch andere Akteure zu fördern. Zur Stützung der Konjunktur und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sollen so Investitionen in der Grössenordnung von mehr als 5 Milliarden Schweizer Franken ausgelöst werden.

#### **Öffentlicher Verkehr**

- **Infrastrukturprojekte im Unterhalt und zur Substanzerhaltung bei der SBB (616 Mio. CHF):**  
Vorgezogene Fahrbahn- und Fahrleitungsprojekte, Engpassbeseitigungen im Streckennetz, Schutzdämme, Sicherheitsmassnahmen, Automatisierung Bahnbetrieb, Sanierung Unterführungen, Erneuerung der Stromversorgungsanlagen von Stellwerken und Bahnhöfen, Bahnhofausbauten, Ersatz Zug-, Rangier- und Baufunk.
  - **Kundenfreundliche Kleinbahnhöfe (Projekt VISTA) (29 Mio. CHF):**  
Beschleunigung der Renovationsarbeiten für Kleinbahnhöfe durch Wiederaufnahme der Umsetzungsarbeiten an 32 Projekten, welche aus finanziellen Gründen erstreckt werden mussten, sowie Instandsetzungsarbeiten an 120 Aufnahmegebäuden.
- **Der Bundesrat soll die Leistungsvereinbarung zwischen Bund und SBB für 2007-2010 um 645 Mio. CHF aufstocken.**
- **Lärmsanierung (770 Mio. CHF):**  
Im Zusammenhang mit der Bahn 2000 wurde eine Lärmsanierung des gesamten SBB-Netzes bis 2015 in Aussicht gestellt. Während die Sanierung der Reisezugwagen abgeschlossen und diejenige der Güterwagen weit fortgeschritten ist, sind aber erst ein Viertel der Massnahmen in 312 Gemeinden realisiert. Für die Erstellung von Lärmschutzwänden und den Einbau von Schallschutzfenstern stehen noch 770 Mio. CHF zur Verfügung.
- **Intensivieren der Bautätigkeit und Vorziehen von baureifen Projekten. Als Anreiz kann der Bund von sämtlichen bis 2010 abgeschlossenen Lärmsanierungsprojekten 10 Prozent der Baukosten rückerstatten.**

- **Mehr Sicherheit im Zugverkehr:**  
 Gewalt, Vandalismus und Schwarzfahren stellen Zugbegleiter und Passagiere immer wieder vor Probleme. Eine Aufstockung der Zugbegleiter und eine Doppelbesetzung in sämtlichen Zügen und zu sämtlichen Zeiten ist unverzüglich umzusetzen. Der vermehrte Einsatz von Zugbegleitern auch im Regionalverkehr ist zumindest zu prüfen.
  
- **Der Unterbestand bei den Zugbegleitern ist zu beheben, mittelfristig sind sämtliche Züge zu sämtlichen Zeiten doppelt zu besetzen, um so die Sicherheit im Zugverkehr zu verbessern.**
  
- **Brücken, Tunnels und gefährliche Bahnübergänge bei KTU sanieren (500 Mio. CHF):**  
 Aufgrund von Sparmassnahmen fehlen bei den konzessionierten Transportunternehmen die Mittel für einen ausreichenden Substanzerhalt und für wichtige Erweiterungsinvestitionen. Der fehlende Substanzerhalt wird mittel- und langfristig höhere Sanierungskosten zur Folge haben und zukünftige Budgets belasten. Der bestehende Rahmenkredit für die konzessionierten Transportunternehmen von 800 Mio. CHF ist zu klein, um die notwendigen, realisierungsreifen Investitionen zu tätigen.
  
- **Ausserordentlicher KTU-Rahmenkredit von 500 Mio. CHF für die vorgezogene Instandhaltung und Sanierung der Infrastruktur.**
  
- **Agglomerationsprogramme (1800 Mio. CHF):**  
 Beim Bundesamt für Raumentwicklung (ARE) liegen Agglomerationsprojekte in der Grössenordnung von 17 Milliarden CHF. Für die 23 Projekte, die sich bereits in Umsetzung befinden, stellt der Bund 2.5 Mrd. CHF zur Mitfinanzierung zur Verfügung. Weil der Bund seine Zahlungsverpflichtungen nicht vollständig erfüllt, drohen unnötige Verzögerungen (z.B. bei der Durchmesserlinie Zürich oder der Doppelspur und Tieflegung der Zentralbahn). Für die übrigen Projekte der Priorität A stehen ab 2011 1.5 Mrd. CHF zur Verfügung, wobei der Bund bei keinem Projekt mehr als 40% der Baukosten übernimmt.
  
- **Die Einlagen in den Infrastrukturfonds sind so zu erhöhen, dass der Bund allen seinen finanziellen Verpflichtungen von total 2,559 Mrd. CHF für die Realisierung der dringenden Projekte im Bereich des Agglomerationsverkehrs fristgerecht nachkommen kann und es zu keiner Verzögerung der Umsetzung der Projekte kommt. Damit schnell gebaut wird, kann der Bund alle Projekte, welche bereits ab 2010 umgesetzt werden können, mit der gesetzlich vorgegebenen Höchstförderung von 50% unterstützen.**

### **Naturgefahrenprävention**

- **Besserer Hochwasser-, Gewässer- und Lawinenschutz (bis 1200 Mio. CHF):**  
 Wie die Umfrage des BAFU 2008 ergeben hat, könnten zahlreiche zusätzliche Hochwasserschutzbauten sofort realisiert werden, wenn der Bund seinen Finanzierungsanteil zeitgerecht zur Verfügung stellt. Die Kantone haben die nötigen Vorarbeiten geleistet, sodass der Baubeginn bei vielen Vorhaben sofort erfolgen kann.
  
- **Bereitstellung der notwendigen Mittel für die Gefahrenprävention im Bereich Naturgefahren. Dafür können zusätzlich bis zu 1200 Mio. CHF zur Verfügung gestellt werden.**

## Gebäude

- **Öffentliche Gebäudesanierung (Schulen, Kindertagesstätten, Verwaltungsgebäude) (1400 Mio. CHF):**

Der Bund soll vorgezogene oder zusätzliche Renovationsprojekte von Kantonen, Gemeinden sowie von Organisationen, die eine öffentliche Aufgabe wahrnehmen, mit 200 Mio. CHF unterstützen. Analog zum Investitionsprogramm 1997 soll der Bonus 15% (allenfalls für Projekte mit erneuerbaren Energien 20%) betragen. Die Förderung bleibt für Projekte vorbehalten, welche bis Ende 2010 abgeschlossen sind.

→ **Beim Investitionsprogramm 1997 wirkte sich die Subvention des Bundes etwa mit dem Faktor 7 aus, so dass mit den 200 Mio. CHF vom Bund ein Investitionsvolumen von 1.4 Milliarden CHF geschaffen wird.**

- **Zivile Bauten (480 Mio. CHF):**

In der zivilen Baubotschaft 2008 sind Verpflichtungskredite für zivile Bauten vorgesehen. Die grössten Projekte sind die Neubauten der Verwaltungsgebäude auf dem Areal Meilen in Zollikofen (108 Mio. CHF) und auf dem Areal Liebefeld in Köniz (98 Mio. CHF). Ebenfalls enthalten sind die Erweiterung des schweizerischen Landesmuseums in Zürich (76 Mio. CHF) und die Erweiterung des Archivierungszentrums der Cinémathèque Suisse in Penthaz (50 Mio. CHF). Ausserdem ein Rahmenkredit für Bauten der zivilen Bundesverwaltung (150 Mio. CHF)

→ **Beschleunigen der Verfahren und Vorziehen der Bautätigkeit, um mit dem Gesamtkredit von 480 Mio. CHF eine Stützung der Wirtschaft zu erzielen.**

## Kindertagesstätten

- **Anstossfinanzierung und Ausbildungsbonus (225 Mio. CHF):**

Der Bundesbeitrag für die Anstossfinanzierung der externen Kinderbetreuung wurde für die zweite Hälfte der Förderungsperiode (2007-2011) auf 120 Mio. CHF gekürzt.

Qualifiziertes Personal ist eine Grundvoraussetzung für Wachstum auf der Angebotsseite der externen Kinderbetreuung. Die Ausbildung von qualifizierten Betreuungspersonen ist für die ausbildende Institution mit Kosten verbunden (Lehrlingslohn, Lehrlingsbetreuung, direkte Ausbildungskosten kommen auf etwa 15000 CHF pro Jahr und Ausbildungsplatz). Um sowohl Angebotswachstum als auch Betreuungsqualität zu erhöhen, soll der Bund die Ausbildung von qualifiziertem Betreuungspersonal belohnen.

→ **Der Bund soll den Kredit zur Anstossfinanzierung der Kinderbetreuungsstätten auf 200 Mio. CHF aufstocken. Ausserdem soll der Bund eine Förderung der Ausbildungstätigkeit im Bereich der Kinderbetreuung vornehmen. Jede erfolgreiche Ausbildung wird vom Bund mit 15000 CHF an den Ausbildner vergütet. Bei den momentan mehr als 1500 Auszubildenden pro Jahr ergibt dies ~25 Mio. CHF.**